

Rainer Roth

Armut und Reichtum in Deutschland

Vortrag auf Einladung des DGB Odenwaldkreis

15.02.2002

Wir kennen die Sprüche von wegen Standort. Wenn ArbeiterInnen so viel Lohn haben wollen, dass sie sich eine gute Wohnung, Kinder, Urlaub und ein gebrauchtes Auto leisten können, wenn Arbeitslose und SozialhilfebezieherInnen wenigstens bis zum Monatsende über die Runden kommen wollen, heißt es: ihr gefährdet den Standort Deutschland. Das heißt auch: wer etwas gegen Armut unternimmt, gefährdet deutsche Interessen.

Die sog. Anspruchsmentalität der Lohnabhängigen, ob beschäftigt oder nicht, wird für Arbeitslosigkeit, Armut, Krisen, Staatsverschuldung usw. verantwortlich gemacht. Wir sind das Volk. Wir sind immer schuld.

I) Als der Modeschöpfer Joop mit 55 Jahren sein Unternehmen verkaufte, gab er einen guten Rat. Frauen, sagte er, sollten sich keine Abendkleider für 100.000 DM das Stück anfertigen lassen. Ein Pret a Porter Kleid für 20.000 DM würde es auch noch tun. Zumal man ein Abendkleid ja nur einen Abend tragen könne. Das sagt übrigens schon der Name: **Einabend**-Kleid. Solche Ansprüche gefährden den Standort nicht!

Der Rat, sich kein Abendkleid für 100.000 DM zu kaufen, wird von Putzfrauen schon lange beherzigt. Luxuskonsum setzt Luxuseinkommen voraus. Woher haben die Leute, die sich solche Luxus-Weibchen leisten können, das Geld? Egal was sie tun: Sie haben es aus dem Überschuss, für den Arbeiter und Angestellte hart gearbeitet haben.

II) Als Präsident des hochverschuldeten VfB Stuttgart ließ sich DFB-Chef Mayer-Vorfelder auf Vereinskosten einen antiken Schrank für 90.000 DM in sein Arbeitszimmer stellen. Dazu kamen noch Gemälde für 270.000 DM. In Vorstandsetagen sind solche Equipments üblich.

Der eigene Standort muss stimmen. Wer so unermüdlich für Deutschland arbeitet, hat doch wohl so ein kleines Schränkchen verdient?

Eine Metallarbeiterin jedenfalls, deren Lohn immer zu hoch ist, müßte für so einen Schrank mehr als 3 Jahre arbeiten. Wobei sie in dieser Zeit weder Miete zahlen dürfte, noch Nahrung zu sich nehmen.

Wenn man sich über die Anspruchsmentalität der Reichen beschwert, antworten sie: "Ihr seid ja bloß neidisch". Stichwort: Sozialneid.

Neidisch sein heißt, wir wollen so leben wie sie. So ein Quatsch. Wir brauchen keine Schränke für 90.000 und keine Abendkleider für 100.000. Wir wollen nur ein Einkommen, mit dem wir auskommen. Ein Einkommen, mit dem niemand arm ist.

z.B. eine Grundsicherung für alle Arbeitslosen, für alle RentnerInnen usw., die über der heutigen Sozialhilfe von 1.200 DM im Monat liegt. Oder einen Mindestlohn für jeden, der bei Vollzeitarbeit zwischen 2.000 und 2.500 DM netto mtl. liegen müßte.

Solche Ansprüche ruinieren Deutschland, hören wir schon den empörten Aufschrei. Das ist doch Vollkaskoversorgung? Logisch. Wir wollen das, was ihr auch habt. Aber wir sind lange nicht so gierig wie ihr.

Was sind schon 2.500 DM im Monat?

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf Breuer, kassiert 1,3 Mio. DM Mindestlohn im Monat oder 60.000 DM pro Arbeitstag. 2.500 DM streicht dieser Deutschnationale der Spitzenklasse in zwanzig Minuten sogenannter "Arbeit" ein. Für eine Minute bekommt er 125 DM. Da kommt es auf **ein** Abendkleid mehr oder weniger auch nicht an. Was Breuer **in einem Monat** brutto einstreicht, dafür muss eine Verkäuferin bei 3.000 brutto im Monat **36 Jahre lang** arbeiten.

Der Vorstandschef der "so richtig Deutschen" Bank hat seinen Mindestlohn in den letzten Jahren um ca. 500% gesteigert. Andere Manager seines Kalibers auch.

Das ist verrückt, sagte Lafontaine am Aschermittwoch. Stimmt. Aber es ist die normale Verrücktheit des Kapitalismus. Der Kapitalismus wird immer verrückter oder immer normaler, wie man es will.

Die Breuers lehnen eine Grundsicherung für die Armen ab. Sie sind nämlich damit beschäftigt, ihre eigene Grundsicherung, die Grundsicherung für Reiche auszubauen. Sie brauchen keine Riester-Rente, weil sie sowieso Hunderttausende von Mark im Monat Pension haben. Sie brauchen keine Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe, weil sie auch bei langandauernder Arbeitslosigkeit von ihren Millionen leben können, die sie als sog. Abfindungen bekommen. Wie der arbeitslose Mannesmann-Chef Esser mit seinen 60 Mio. DM Abfindung.

Das sind die Leute, die uns predigen, dass meinen, dass die Sozialhilfe zu hoch ist. SozialhilfebezieherInnen bekommen pro Tag für Essen und Trinken 9,36 DM. Das ist zu viel, lassen sie jeden Tag verbreiten. Das fördert die Faulheit. Versuchen Sie mal, von 9.40 DM pro Tag zu frühstücken, ein warmes mittagessen und abendbrot einzunehmen und abundzu in die Kneipe zu gehen.

III) Doch selbst die Breuers sind kleine Fische im Verhältnis zu denen, die Unternehmen besitzen. Familie Siemens hat ein geschätztes Vermögen von 13 Mrd. DM. Bei einer Verzinsung von nur 5% wären das jährliche Einnahmen von 650 Millionen oder 50 Millionen brutto im Monat.

Der Verkauf von Boehringer Ingelheim brachte der Familie Engelhorn 19 Mrd. DM. Bei 5% wären das 80 Millionen brutto im Monat.

Die Superreichen sind der Meinung, dass ArbeiterInnen erst mit 67 oder sogar 70 Jahren in Rente gehen sollen, weil sonst der Rentnerberg der gefräßigen Alten den Standort auffrißt.

Die meisten Superreichen sind, unabhängig vom Alter, längst in Rente. Sie leben als Kapitalrentner. Ihre Kinder wachsen schon als Rentner auf. Arbeit kennen sie bestenfalls als Hobby. Und als nationalgesinnte Deutsche sind sie stolz darauf, nicht in ihrem Heimatland leben zu müssen. Sie dienen Deutschland lieber in Österreich oder Monaco.

Auf den Lebensstil der deutschnationalen Spitzenklasse wirft der ehemalige Vorzeigeunternehmer Schmider ein grelles Schlaglicht. Schmider nutzte eine Innovation bei Bohrsystemen, um in großem Stil mit Luftgeschäften Kredite zu erschwindeln. Mit Duldung der guten Gesellschaft, zu der er gehörte. Als er aufgefliegen war, konnte das staunende Volk einen Blick in seine Garagen werfen. Ein - zwei Autos taten es nicht. Schmider sammelte Autos. Glanzstück war ein Rennwagen Mercedes CLK-GTR, der über 3 Mio. gekostet hat, 18 Stück gab es davon, sie waren in Handarbeit gefertigt. 612 PS, Spitze 320 km. 0-100 m in 3,8 sec.

Maserati, Ferraris usw. durften nicht fehlen. 4 Super-Luxus-Yachten waren sein eigen, Privatjets usw., Villen in aller Welt.

Schmider war als eh. Gebrauchtwagenhändler ein Emporkömmling. Er wollte dahin, wo die anderen schon waren und sie noch übertrumpfen. Mit der Länge seiner Yachten wollte er zeigen, was er hat. Schmider protzte auf Kredit. Die Kredite, die ihm Banken gaben, stammten aus Geldern, die LohnarbeiterInnen als Lohn eingezahlt oder als Gewinn erarbeitet haben. Schmider war ein Schmarotzer. Der fette 3 Zentnerbulle richtete einen Schaden von 4,3 Mrd. DM an.

IV) In seiner Regierungserklärung verkündete Schröder 1998: Wir müssen die *"soziale Gerechtigkeit wiederherstellen"* (S.5) Wir wollen die *"tiefe soziale ... Spaltung überwinden"*. (S.7)

Wir stellen fest: Die tiefe soziale Spaltung zwischen den Breuers, der Familie Siemens usw. und den Millionen Armen hat sich vertieft und die Regierung hat es gefördert. Dank der wahnsinnigen Steuerreform zahlen die Banken und Konzerne im Jahr 2001 keinerlei Körperschaftssteuer mehr. 2000 hatte sie noch 45 Mrd. DM betragen. Der Steuersatz der K-Steuer ist von 40% auf 25% gesenkt worden. Die Abschaffung der Gewerbesteuer, die einen Umfang von etwa 50 Mrd. DM hat, ist ebenfalls geplant. Gewerbesteuer wird überwiegend von Großbetrieben bezahlt. Diese Art von Sozialleistungen für das Kapital sind wirklich überwältigend. Bei den Reichen ist der Sozialstaat voll verwirklicht. Sie brauchen bloß zu sagen "mir fehlt was" oder "wir brauchen höhere Gewinne" und schon gibt man sie ihnen. Die Konzerne leben auf Kosten der Gesellschaft, denn diese muss mit Kürzungen, Entlassungen usw. dafür aufkommen.

Durch die Gewinnsteuersenkungen wächst die öffentliche Armut. Und diese wird wieder auf Kosten der Armen bekämpft. Deshalb ist die Reichtumsförderung der SPD-Regierung gleichzeitig ein Programm der Armutsförderung. Die Arbeitslosenhilfe streichen zu wollen, ist Armutsförderung. Arbeitslose in Jobs mit Armutslöhnen zwingen zu wollen, ist Armutsförderung. Die Rentenreform ist Armutsförderung.

Und wunderbarerweise erhöhen Niedriglöhne auf der anderen Seite wieder den Reichtum der Reichen, ebenso wie niedrigere Renten den Reichtum der Allianzversicherung fördern.

Wie kann eine solche Regierung bzw. die sie tragenden Parteien das Wort soziale Gerechtigkeit überhaupt in den Mund nehmen?

Sie schämen sich nicht. Sie behaupten: wir arbeiten daran, dass es immer gerechter zugeht. Sie sind dreist. Das einzige, was an Gerechtigkeit bei dieser Regierung zu sehen ist, ist die Selbstgerechtigkeit. Stoiber will als Klassenbester alles besser machen. Er will mit seiner Steuerreform die Reichen noch schneller reich machen. Wo Schröder draufsteht ist Stoiber drin und umgekehrt, sagte gestern Dieter Hildebrandt im scheinwischer.

Arbeitgeberverbände und Parteien halten Arbeitslosigkeit für ein Problem der Faulheit. Klar, in jeder Krise kommt die Faulheit der LohnarbeiterInnen schubweise ans Tageslicht. Das Kapital, das immer wieder aufs neue Überkapazitäten aufturnt, weil es mit ständig verbesserter Technik für unbekannte Märkte produziert und gleichzeitig die Löhne drückt, hat mit der Arbeitslosigkeit nichts zu tun. Selbsterkenntnis ist ihm völlig fremd.

Apropos Faulheit. FDP-Chef Westerwelle klärte zwei Punker, die keinen Bock auf Arbeit hatten, folgendermaßen auf: "Es ist Ihr gutes Recht zu sagen, dass Sie nicht arbeiten wollen." Westerwelle hält nicht arbeiten wollen für ein gutes Recht. Er weiß genau, dass die Klientel der FDP dieses gutes Recht ausgiebig in Anspruch nimmt.

"Aber dann dürfen Sie nicht auf Kosten anderer leben," fügt er hinzu. (BILD Hamburg nach Jungle world 23/2001)

Aha. Der mann meint, Besitzer von Kapital leben nicht auf Kosten anderer, die für sie arbeiten. Als kluge Akademiker denkt Westerwelle, dass die Euros sich von selbst vermehren, so ähnlich wie eben Mäuse, als die sie ja auch bezeichnet werden.

Aber nichtstudierte Maschinenführer und Verkäuferinnen wissen es besser: Kapital arbeitet nicht, es ist die Arbeit der LohnarbeiterInnen, die das Kapital vermehrt.

V) Wenn der Staat tatsächlich die soziale Spaltung zwischen arm und reich verkleinern will, dann ist das erste: die Wiedereinführung der früheren Steuersätze der Körperschaftssteuer. Das zweite ist die Wiedereinführung der früheren Steuersätze bei der Einkommenssteuer. Daraus könnte dann eine allgemeine Grundsicherung oberhalb der Sozialhilfe finanziert werden.

Eine Steuerreform im Interesse der Millionen Lohnabhängigen würde vor allem bedeuten, dass damit Schluss gemacht wird, das Existenzminimum zu besteuern. Was wir zum Leben brauchen, muss steuerfrei sein. Inzwischen sind 1.820 DM Nettoerwerbseinkommen pfändungsfrei gegenüber den Gläubigern. Der Staat aber pfändet hier immer noch, in dem er Steuern auf unpfändbares Erwerbseinkommen erhebt. Der Grundfreibetrag liegt im Moment bei 1.258 DM statt bei 1.820 DM. Auch Sozialversicherungsbeiträge werden teilweise besteuert, ebenso wie Unterhaltszahlungen an Kinder. Auch das muss aufhören.

Was soll das, dass arme Leute zwar 562 DM Regelsatz bekommen, der Staat ihnen aber mindestens 10% davon wieder als Mehrwertsteuer usw. abnimmt? Was Arme zum Leben brauchen, muss steuerfrei sein bzw., wenn das nicht geht, muss die Sozialhilfe wenigstens um die Steuern erhöht werden, um die man sie kürzt.

Es ist auch nicht einzusehen, dass das Brot, das Arme essen, mit Umsatzsteuer belegt ist, Aktien und Devisen aber, die kein Mensch essen kann, aber nicht. Umsatzsteuern auf Aktien und Devisenhandel würde viele Milliarden bringen.

Es ist auch nicht einzusehen, dass der Staat den SozialhilfebezieherInnen fast das gesamte Vermögen anrechnet oder anders gesagt wegsteuert, wenn sie Sozialhilfe beziehen, während Reiche auf ihr Vermögen keine Steuern zahlen müssen, auch dann nicht, wenn sie Staatsknete kassieren.

VI) Wir wissen alle: für die Unbescheidenheit der Unternehmen, der Spitzenmanager und Spitzenpolitiker und jetzt für Bundeswehr und Geheimdienste ist immer Geld da. Möchte man aber die Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindergärten haben, ist natürlich kein Geld dafür da. Das haben die mit den Abendkleidern schon eingesackt.

Der Staat fördert Armut und Reichtum gleichzeitig, weil er auch nicht besser ist als die ihm zugrundeliegende Wirtschaft insgesamt und weil er von dieser Wirtschaft tatsächlich abhängt.

In der Regierungserklärung steht es drin: "*Wir wissen: Ökonomische Leistungsfähigkeit ist der Anfang von allem.*" (S.5)

D.h. im Klartext: private Unternehmensgewinne sind das A&O.

Hier liegt der Hase begraben. Hier hat das Problem wachsender Reichtum bei gleichzeitig wachsender Armut seine Wurzel.

Klar, wenn die da oben das Wasser der Nullrunden predigen und selbst den Wein der explodierenden Vorstandsgehälter saufen, dann ist das moralisch verkommen. Aber der schlechte Charakter ist nicht die Ursache der wachsenden sozialen Spaltung, ebenso wenig wie es die falsche Politik der Regierung ist.

In der kapitalistischen Wirtschaft wird nämlich gerechnet, wenn die ökonomische Leistungsfähigkeit gesteigert wird. Und die Rechnung ist so:

wenn LohnarbeiterInnen auf Wasser umgestellt werden und Arbeitslose in Containern untergebracht werden könnten, reift der Wein der Profite schneller und der Champagner der Rendite auf das eingesetzte Kapital mündet immer besser.

Technik und Wissensstand sind heute soweit entwickelt, dass es überhaupt kein Problem wäre, jedem in Deutschland ein Auskommen zu garantieren und die Armut restlos zu beseitigen.

Was dem im Wege steht, ist die Logik der Kapitalverwertung, in deren Rahmen die ökonomische Leistungsfähigkeit gepreßt ist.

Und die hat zwei Pferdefüße, die es unmöglich machen, die Kluft zwischen Reich und arm auf dem Boden der Marktwirtschaft insgesamt zu verringern. Es ist durch den Widerstand der Arbeitenden und der Armen allenfalls möglich, das Tempo zu verringern, in dem die Kluft zunimmt.

Erster Pferdefuß.

Der wachsende Reichtum wird durch wachsende Produktivität erzeugt. Da aber der Reichtum des Kapitals umso größer wird, je länger LohnarbeiterInnen arbeiten, wird die Arbeitszeit nicht entsprechend den technischen Möglichkeiten verkürzt. Dadurch entsteht Arbeitslosigkeit.

Wachsende Produktivität bedeutet, dass immer mehr Waren mit immer weniger Menschen erzeugt werden, deren Löhne mit Hilfe der Arbeitslosigkeit kurz gehalten werden. Die Tendenz zur Überproduktion nimmt zu. Überproduktion führt zu Krisen, in denen sie mitsamt der Arbeitskräfte, die sie erzeugen, abgebaut wird.

Krisen werden mit höherer Produktivität bekämpft, so dass jeder Aufschwung mehr Arbeitslose mitschleppt als der vorherige.

Aber: das größte Problem in bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit ist Folgendes:

Je mehr die Produktivität durch Investitionen erhöht wird, desto größer wird der Umfang des Kapitals, das Gewinne abwerfen muss. Diejenigen aber, die Gewinne produzieren, werden mehr und abgebaut.

Gleichzeitig werden Überkapazitäten aufgebaut, die zum Preisverfall führen. Beides drückt auf die Profite und dadurch sinken die Profite langfristig relativ zum investierten Kapital.,

Die Profitraten fallen, obwohl die Gewinne absolut steigen und sich der wirtschaftliche Reichtum erhöht. Auch im letzten Aufschwung waren die Profitraten nur so hoch wie zehn Jahre zuvor und sind niedriger als Anfang der siebziger.

Das Kapital gräbt sich also durch seine eigene Tätigkeit selber das Wasser ab bzw. den Wein ab.

Die Profitraten waren 1993 auf einen Tiefpunkt gefallen. Deshalb die gewaltige Anstrengung, sie durch sprunghaft steigende höhere Produktivität, stärkeren Druck auf die Löhne und Lohnnebenkosten (Rentenreform, Gesundheitsreform, Reform der Arbeitslosenversicherung usw.) und durch gewaltige Gewinnsteuersenkungen wieder anzuheben. Daher kommt die Unersättlichkeit der Manager, daher kommt, dass sie nie den Hals voll bekommen, dass ihnen keine Steuerreform, keine Rentenreform usw. reicht. Sie sind gierig, weil sie die Gier des Kapitals verkörpern. Ihre Seele ist die Seele des Kapitals.

Die wachsenden Schwierigkeiten aber vergrößerten in den 90er Jahren die Kluft zwischen arm und reich so rasch wie lange nicht mehr. Denn die sprunghaft gewachsene Produktivität wurde mit einer Arbeitslosigkeit bezahlt, die im Aufschwung 2000 noch höher war als in der Krise 1992. Immer länger wird die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Vermittlung von Arbeitslosen wird trotz der Peitschen, die über den

Köpfen der Arbeitslosen geschwungen werden, immer schwieriger. Die Armutsbevölkerung aber stellt den Bodensatz der Arbeitslosigkeit dar. Sie wächst mit der Arbeitslosigkeit, aber auch mit Lohnsenkungen.

Zweiter Pferdefuß

Hochbezahlte Professoren des Kronberger Kreises haben schon in den 80er Jahren vorgeschlagen, bei der Belegung des Arbeitsmarktes genauso zu verfahren, wie bei der Belegung des Marktes für Bananen. D.h. wenn ein Kilo Bananen nicht mehr für 4 DM das Kilo zu verkaufen ist, wird der Preis so lange gesenkt, bis sich Käufer finden. Am Ende vielleicht für 1 DM das Kilo. Wenn also ein 90 Kilogramm schwerer Arbeitsloser sich nicht mehr für 2000 DM, sondern nur noch für 1.300 DM verkaufen kann, muss er das tun, wenn er sich wie eine Banane verhalten will.

Bananen wohnen aber nicht zur Miete, brauchen nicht täglich Lebensmittel, um weiterzuexistieren, wollen nicht in Urlaub fahren und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, haben auch keine sozialen Beziehungen zu anderen Bananen oder anderem Obst.

Dem Kilo Bananen tut es nicht weh, wenn es statt für vier Mark für 1 Mark verschleudert wird. Die Bananen brauchen auch die 1 DM nicht, um weiter faul herumliegen zu können. Sie werden gegessen, ob für vier Mark oder eine Mark. Und Bananen haben keine Kinder.

Die Professoren vertreten die heute herrschende Meinung, in der die Arbeitslosigkeit, die in Wirklichkeit Folge der Überproduktion durch das Kapital ist, als Folge zu hoher Löhne betrachtet wird.

Eine Wirtschaft, die Menschen auf eine Stufe mit Bananen stellt, respektiert Menschen nicht als Menschen.

Einer der Chefberater von Stoiber, Prof. Dr. Meinhard Miegel erklärte, dass die Bruttolöhne für un- und angelernte ArbeiterInnen wie für FacharbeiterInnen um bis zu einem Drittel gekürzt werden müssten.

Damit könne die Arbeitslosenquote halbiert werden. Stellen Sie sich nur einen Moment vor, ihr Lohn würde um bis zu einem Drittel gekürzt. Was haben Sie dann noch?

Wie wir wissen, wollen die Bosse ja Vollbeschäftigung. Wieviel muss da noch gekürzt werden?

Armut ist also für die Herrschenden nicht Negatives, sondern etwas Positives. Sie fördert die "ökonomische Leistungsfähigkeit", da sie die Kosten der Ware Arbeitskraft bzw. der überflüssig gewordenen Arbeitskraftwaren senkt.

Menschen auf eine Ware namens Arbeitskraft zu reduzieren, ist unmenschlich.

Eins ist klar: Arbeitskräfte verhalten sich nicht wie Bananen, die ihr Schicksal völlig passiv über sich ergehen lassen und sich nicht einmal beschweren, wenn sie verspeist werden. Sie sind gezwungen, sich zu wehren.

Mit Recht wird gesagt, Wohnungen dürfen keine Ware sein, Bildung darf keine Ware sein, Gesundheit darf keine Ware sein usw., aber vor allen Dingen: der Mensch darf keine Ware sein, wenn Bedingungen herrschen sollen, unter denen es keine Armut mehr gibt.

Die herrschende Klasse, die alle materiellen Mittel besitzt, mit denen der Reichtum erzeugt wird, hat kein menschliches Verhältnis zu denen, von deren Arbeit sie leben, sondern ein rein funktionales.

Wenn Armut beseitigt werden soll, dann muss der Mensch aus der Zwangsjacke der Ware Arbeitskraft heraustreten und sich seine Menschenwürde erkämpfen. Dazu wird er aber nicht in der Lage sein, wenn er nicht um jeden Euro kämpft, den ihm die Herrschenden streitig machen. Die Tarifrunde in der Metallindustrie ist eine Gelegenheit zu zeigen, dass der Mensch ein Mensch ist und keine Ware sein will.

Von ArbeitnehmerInnen, ob beschäftigt oder nicht, wird heute verlangt, dass sie motiviert sein sollen, dass sie mitarbeiten sollen, dass sie Initiative zeigen sollen. Es wird Zeit zu rechnen, für was es sich lohnt, motiviert zu sein. Lohnt es sich, sich für diejenigen krummzulegen und zu opfern, die Arbeitskräfte als Bananen betrachten?

Wenn die da unten nicht genügend Selbstbewußtsein aufbringen und ihre Interessen nicht selbständig äußern bzw. vertreten, wie soll sich da etwas ändern?

Worum geht es heute?

1) Klarmachen, Schuld an der Misere sind nicht die überhöhten Ansprüche der LohnarbeiterInnen und der Arbeitslosen bzw. ihre Faulheit, sondern das Kapital und sein rücksichtloser Mechanismus. Das müßte auf möglichst einfache Weise klargemacht werden.

2) Klarmachen, dass Arbeitslosigkeit nicht das Ergebnis der Faulheit der Arbeitslosen ist, sondern das Ergebnis der Kapitalverwertung und der Krisen, zu denen sie führt.

3) Klarmachen, dass diejenigen, die Arbeitslosigkeit produzieren auch gefälligst für sie aufkommen sollen.

Das sind die Voraussetzungen dafür, dass die Stimmung, die gegen Arbeitslose gemacht wird, innerhalb der LohnarbeiterInnen umgedreht werden kann.

Ziel muss eine Grundsicherung für alle sein, oberhalb der Sozialhilfe.

4) Klarmachen, dass ein Mindestlohn notwendig und gerechtfertigt ist, um der Armut von Lohnabhängigen entgegenzuwirken. Diejenigen die arbeiten, wollen was davon haben. Wenn sie immer produktiver sind, wollen sie damit nicht sich selbst arbeitslos machen, in wachsender Existenzunsicherheit leben bzw. immer weniger verdienen. Das Kapital kann das immer weniger gewährleisten. Deshalb ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der von allen Unternehmern aus ihren Gewinnen aufgebracht werden muß.

Arbeit muss sich wieder lohnen. Es ist verrückt, dass sich Arbeit immer weniger lohnt, obwohl der Reichtum zunimmt.

5) Alle Forderungen, die den Reichtum der Reichen auf Kosten der Gesellschaft erhöhen, sind abzulehnen. Das trifft zu auf die Senkung des Spitzensteuersatzes, auf die geplante Abschaffung der Gewerbesteuer usw..

Es ist nicht einzusehen, dass das Existenzminimum besteuert wird, während die Gewinnsteuern aufgrund der letzten und der angekündigten Steuerreformen in den Keller fallen.

Kein Unternehmer interessiert sich dafür, wie Arbeiter mit sinkenden Reallöhnen auskommen oder wie Arbeitslose mit 1.000 DM leben. Warum sollen wir uns einen Kopf machen, wie Unternehmen mit 5% Rendite leben können?

6) Appelle an Unternehmer, endlich gerechter zu werden und ein gutes Herz zu zeigen, kann man sich eigentlich sparen. Da kommt nichts rüber. Sie bringen's nicht.

Wichtiger ist es, selbstbewußt die eigenen Interessen zu formulieren. Die Unternehmer wollen beweisen, dass ohne sie nichts läuft. Zeigen wir, dass ohne uns nichts läuft.